

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport

Sitzungstermin:	Mittwoch, 13.09.2023
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:50 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Julia Fisauli-Aalto CDU

Mitglieder

Christian Freitag SPD

Julian Fresch CDU Vertretung für: Bernhard Weidenbach

Heidemargret Garling CDU

Antje Hellmann-Kistler FDP

Verena Kim Heyer Bündnis 90 / Die Grünen

Petra Kärger Bündnis 90 / Die Grünen Vertretung für: Dr. Christoph Maas

Anja Lembach CDU

Birgit Neumann-Rystow WSI

Norman Rothe SPD

Patricia Römer Bündnis 90 / Die Grünen

Jugendbeirat

Leo Zech Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Anne Schönte Seniorenbeirat

Verwaltung

Claudia Prehm

Gernot Kaser Bürgermeister

Ralf Waßmann

Abwesend

Mitglieder

Dr. Christoph Maas Bündnis 90 / Die Grünen entschuldigt

Bernhard Weidenbach CDU entschuldigt

Seniorenbeirat

Wolfgang Meyer-Lomberg Seniorenbeirat entschuldigt

Gäste:

Heike Meyer, Fachdienst 1-40

Angela Gärke, Justiziarin (zu Top 1)

Martin Heller, Fachdienst 1-60

Vivien Becker, 1-40
Eike Binge, 1-40
Jürgen Groß, 1-40, Musikschulleiter
Daria Ohler, Jugendbeirat
Frau Bachmann, Schulleitung Albert- Schweitzer- Schule
Frau Pirsig, stellv. Schulleitung Albert- Schweitzer- Schule
Herr Krumme, Schulleitung Ernst- Barlach- Gemeinschaftsschule
Dr. Bertram Rohde, Schulleitung Johann- Rist- Gymnasium
Frau Hohensee, TC Aue
17 Einwohner*innen
1 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass Herr de Wall, der im Möller Technicon ehrenamtlich aktiv ist, bei ihr angerufen hat und die Mitglieder des BKS am 04.10.2023 um 10 Uhr zu einem Besuch und Kennenlernen des Möller Technicons eingeladen hat. Anschließend stellt sie die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig die Tagesordnung.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|-------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Bericht aus den Schulen | |
| 3.1 | Zwischenbericht zum Schulentwicklungsplan; Herr Martin Albrecht von "Gertz Gutsche Rümenapp" | |
| 4 | Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 28.06.2023 | |
| 5 | Haushaltskonsolidierung
Maßnahme Nr. A11 (lt. BV 2023/030-1)
Beschränkung auf LMS-Software itslearning | BV/2023/087 |
| 6 | Kita-Reform und Kita-Landschaft in Wedel - Präsentation | |
| 7 | Haushaltskonsolidierung
Maßnahme Nr. A.27 (lt. BV 2023/030-1)
Reduktion/Nachverhandlung Zuschuss für "zu teure" Kitas | BV/2023/105 |
| 8 | Kostenübernahme Duales Studium Sozialpädagogik und Management - Antrag des AWO Ortsvereins Wedel e.V. | BV/2023/125 |
| 9 | Musikschule der Stadt Wedel
Änderung der Honorarordnung | BV/2023/112 |

- | | | |
|------|--|-------------|
| 10 | Haushaltskonsolidierung
Maßnahme A1. Nr. 16
Entgeltliche Vermietung des Museumsgartens im Stadtmuseum | BV/2023/113 |
| 11 | Haushaltskonsolidierung
Maßnahme Nr. A1 Nr. 17
"Umsatzbeteiligung/ Standgebühren bei privatrechtlichem Ausschank auf dem Museums Gelände" | BV/2023/114 |
| 12 | Haushaltskonsolidierung
Maßnahme Nr. A1.28
Erhöhung der Gebühren für die Schulkindbetreuung um 10% | BV/2023/117 |
| 13 | Haushaltskonsolidierung

Maßnahme A1. Nr.21
Erhöhung der Jahresentgelte der Stadtbücherei um 50%
Maßnahme A1. Nr. 22
Reduzierung der Ausnahmetatbestände von der Gebührenpflicht
Maßnahme A1 Nr. 23
Erhöhung der Säumniszuschläge und Mahngebühren um 50%
Maßnahme A1 Nr. 24
Automatisierung des Rechnungsprozesses zwischen Bibliotheka und H&H
Maßnahme A1 Nr. 25
Gebühren für Arbeitsplatznutzung in der Stadtbücherei | BV/2023/119 |
| 14 | Haushaltskonsolidierung
Maßnahme Nr. A1. Nr.33

Einführung/ Erweiterung von Nutzungsgebühren für Sporthallennutzungen | BV/2023/120 |
| 15 | Zuschussantrag des TC Aue zum Bau einer Traglufthalle | BV/2023/122 |
| 16 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 16.1 | Vorstellung der Planung für die Neugestaltung des Schulgeländes der Gebr.-Humboldt-Schule | MV/2023/056 |
| 16.2 | Neubau Johann-Rist-Gymnasium - aktueller Sachstand zur Baumaßnahme:
abgestimmtes Raumprogramm, Stand der Bauausführung, Kostenentwicklung | MV/2023/063 |
| 16.3 | Bericht der Verwaltung | |
| 16.4 | Berichtswesen des Sachgebietes
Kindertagesstättenangelegenheiten | MV/2023/072 |
| 16.5 | Öffentliche Anfragen | |

Voraussichtlich nichtöffentlicher Teil

- | | |
|----|---|
| 17 | Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 28.06.2023 |
| 18 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen |



- | | | |
|------|--|-------------|
| 18.1 | Antworten auf Fragen des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport bezüglich der Erweiterung der Kita "Wasserstrolche" | MV/2023/075 |
| 18.2 | Bericht der Verwaltung | |
| 18.3 | Nichtöffentliche Anfragen | |

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|----------------------------------|--|
| 19 | Unterrichtung der Öffentlichkeit | |
|----|----------------------------------|--|



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Herr Waßmann berichtet zu der Anfrage von Frau Binz-Vedder aus dem BKS am 28.06.2023 ob der Bau einer vierten Grundschule auf dem Gelände von J.D. Möller möglich ist, dass ein Bau lt. Zwischenbericht des Fachdienstes Bauen grundsätzlich planungsrechtlich möglich ist, da sich das Grundstück aber nicht im Eigentum der Stadt Wedel befindet, liegt die Entscheidung nicht bei der Stadt.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Herr Matzke verliest seine Anfrage, die als Anlage beigefügt ist, zu der Machbarkeitsstudie des Ausbaus der Moorwegschule.

Herr Waßmann teilt dazu in Absprache mit Herrn Heller mit, dass sie beide an den Gesprächen ebenfalls teilgenommen haben und dass Herr Heller und Herr Ebel (Schulleiter Moorwegschule) Gespräche aufgenommen haben, um inhaltlich pädagogische Anforderungen zu klären. Zusätzlich wurden Gespräche mit der Serviceagentur „Ganztagig Lernen“ aufgenommen um die Überlegung weiter voranzutreiben. Der Prozess ist aber noch nicht abgeschlossen, sodass noch keine Gebäudeplanung möglich ist.

Frau Fisauli-Aalto bittet darum, dass die Schule, wenn es nach Fortschreiten der Planung, nochmal zu einem Gespräch eingeladen wird, um das weitere Vorgehen abzustimmen. Herr Waßmann verweist auf die kommende Präsentation von Herrn Albrecht zum Schulentwicklungsplan, nach der man nochmal auf das Thema zurück kommen kann.

Anlage 1 Anfrage Machbarkeitsstudie

2 Anhörung der Beiräte

Der Seniorenbeirat hat nichts zu berichten.

Herr Zech vom Jugendbeirat stellt Frau Daria Ohler vor, die für Fynn-Ole Müller im Jugendbeirat nachgerückt ist. Anschließend weist er auf die Jugendversammlung, am Mittwoch, den 20.09.2023 um 17 Uhr hin, in der der Jugendbeirat über seine Arbeit berichten und auch Fragen beantworten wird.

Frau Fisauli-Aalto begrüßt Daria Ohler im BKS.

3 Bericht aus den Schulen

Frau Fisauli-Aalto teilt mit, dass sich Herr Ebel entschuldigen lässt.

3.1 Zwischenbericht zum Schulentwicklungsplan; Herr Martin Al-



brecht von "Gertz Gutsche Rümenapp"

Herr Albrecht präsentiert den aktuellen Stand des Schulentwicklungsplans und beantwortet Fragen. Die Mitglieder des BKS bitten darum, zeitnah in die weiteren Planungen von Maßnahmen einzusteigen. Hierzu soll eine Steuergruppe eingerichtet werden. Herr Waßmann sagt dies zu.

Anlage 1 SEP Wedel Ausschusssitzung Zwischenergebnisse 2023-09-13 h

**4 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung
vom 28.06.2023**

Der öffentliche Teil des Protokolls wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / X Nein / X Enthaltung

**5 Haushaltskonsolidierung
Maßnahme Nr. A11 (lt. BV 2023/030-1)
Beschränkung auf LMS-Software itslearning**

BV/2023/087

Frau Fisauli-Aalto erläutert kurz, dass eine Übersicht zu den Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung als Anlage zu den Sitzungsunterlagen verteilt wurde, aus der hervorgeht, welche Maßnahmen jetzt schon beraten werden und welche zurzeit in Arbeit sind und dann in der Sitzung im November zur Beratung stehen.

Sie weist darauf hin, dass Einsparungen bei jeder einzelnen Position weh tun werden, aber diese Entscheidungen notwendig sind, um nicht in eine Fremdbestimmung zu kommen. Sie hofft, dass heute Möglichkeiten für Einsparungen gefunden werden mit denen man leben kann, um zu verhindern, dass andere diese Entscheidungen treffen.

Anschließend verliest Frau Fisauli-Aalto die Beschlussempfehlung und erläutert kurz, dass es in der Vergangenheit bereits viele Diskussionen um dieses Thema gab und auch schon einige Beschlüsse dazu gefasst wurden, dass als Lern-Management-Software I-Serv und nicht itslearning genutzt werden soll. Trotzdem geht es hier um einen großen Betrag, der eingespart werden könnte.

Herr Freitag fragt wie lange das Land Schleswig-Holstein die Software itslearning noch zur Verfügung stellen wird. Beim Land gibt es ja ebenfalls Einsparungen und itslearning wurde als Möglichkeit während Corona zur Verfügung gestellt. Diese Notwendigkeit ist jetzt nicht mehr gegeben. Er kennt beide Systeme und favorisiert I-Serv.

Dazu erläutert Herr Waßmann, dass es vor einigen Monaten Gespräche mit dem Ministerium gab und es keine Anzeichen gab, dass das Land sich zurückzieht, da es nicht in die Schullandschaft passen würde, das Programm zu beenden.

Herr Kaser begrüßt die Anwesenden und weist darauf hin, dass Politik und Verwaltung zusammen die Haushaltskonsolidierung meistern müssen. Aus seiner Sicht und der Erfahrung mit seinen Kindern werden die Programme und deren Möglichkeiten nur unzureichend und als bessere E-Mail-Systeme genutzt. Itslearning wird in den skandinavischen und baltischen Ländern eingesetzt, welche dafür bekannt sind, dass sie ein recht gutes Schulsystem haben. Diese Länder sind mit dem Programm zufrieden. Auch in Elmshorn wird itslearning

erfolgreich eingesetzt. Deshalb plädiert er darauf Itslearning, vor dem Hintergrund der Einsparmöglichkeiten, den Vorrang einzuräumen.

Frau Kärgel weist daraufhin, Beschlüsse gefasst wurden, dass die Schulen, die I-Serv haben möchten, und das waren mit Ausnahme des Johann-Rist-Gymnasiums (JRG) alle Schulen, es auch erhalten. Inzwischen haben sich die Schulen und die Schüler*innen in das System eingearbeitet und sind damit sehr zufrieden. Laut ihrer Erfahrung werden über das Programm unter anderem Unterrichtsinhalte ausgetauscht und gespeichert. Auf die aktuelle Anfrage an die Schulen, welches Programm genutzt werden soll, wurde aus ihrer Sicht nur noch vereinzelt geantwortet, da die Antworten mehrfach abgefragt wurden und eigentlich schon lange vorliegen. Um die Kontinuität zu gewährleisten, sollten Schulen die I-Serv nutzen es auch weiterhin nutzen können, wobei sie für die Server-Lösung plädiert und nicht die Cloud-Lösung, da diese verlässlicher ist. Abschließend stellt sie fest, dass die Beschlussvorlage, in dieser Form, nicht mitgetragen wird.

Frau Hellmann-Kistler schließt sich Frau Kärgel an und teilt mit, dass die FDP-Fraktion die Beschlussvorlage auch nicht mittragen wird. Sie verweist darauf, dass man zwar eine Verantwortung für den Haushalt hat, aber auch eine Verantwortung glaubwürdig zu sein. Das Itslearning-Programm, dass in Schleswig-Holstein genutzt wird, ist nicht vergleichbar mit dem Programm in Skandinavien, weshalb sie dieses Argument für nicht tragfähig hält.

Frau Neumann-Rystow schließt sich ebenfalls in der Argumentation und der Entscheidung ihren Vorrednerinnen an. Sie bittet die Verwaltung, die Zahlen zu korrigieren, da das JRG in der Berechnung immer noch enthalten ist. Nach ihrem Wissen möchte das JRG allerdings weiterhin mit itslearning arbeiten.

Der Jugendbeirat schließt sich den bisherigen Ausführungen an.

Herr Kaser sagt, dass es in dieser Diskussion nicht darum geht, den Wünschen der Schulen und Schüler*innen nicht zu entsprechen oder den Prozessen und Entscheidungen der letzten Monate zu widersprechen, sondern darum, dass itslearning funktioniert und vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung eine neue Entscheidung getroffen werden muss, da hier sehr viel Geld eingespart werden kann.

Frau Neumann-Rystow gibt noch zu bedenken, dass es bei einem Wechsel von einer Schule zu einer anderen einfacher ist, wenn das gleiche System genutzt wird. Dazu ergänzt Frau Hellmann-Kistler, dass ein Überspielen der Daten von dem einen in das andere System nur bedingt möglich ist. Dem schließt sich Herr Bödding vom Jugendbeirat an und erzählt, dass wichtige Lerninhalte für das anstehende Abitur im System gespeichert sind und verloren gehen würden.

Frau Römer fragt, wieviel die Analyse von Amendos gekostet hat.

Herr Waßmann teilt mit, dass ein aktiver Beschluss zur Auslösung einer Ausschreibung zum jetzigen Stand der Haushaltskonsolidierung rechtswidrig wäre. Die Stabsstelle Prüfdienste teilen diese Auffassung.

Frau Fisauli-Aalto fragt noch einmal nach, ob es richtig ist, dass gar keine Diskussion an dieser Stelle geführt werden muss, da itslearning genutzt werden muss.

Herr Waßmann bestätigt dies. Am Montag wird diese Beschlussempfehlung im Haupt- und Finanzausschuss nochmal beraten.

Frau Kärgel fragt noch einmal, was das Gutachten von Amendos gekostet hat.

Dazu antwortet Herr Waßmann, dass er keine genauen Zahlen nennen kann, aber Amendos die Stadt Wedel ja bereits seit der Ausschreibung der gesamten Schul-IT als externer Partner begleitet, da es dafür noch kein eigenes Personal gibt. Durch den Einsatz der Firma Amendos werden zurzeit ca. 1,5 Stellen für die Schul-IT abgedeckt, diese Kosten entstehen also nicht zusätzlich.

Frau Garling fragt die Schulleitungen, ob es nicht möglich wäre itslearning zu nutzen und

fragt dann Herrn Dr. Rohde (Schulleiter JRG), da das Programm am JRG ja offensichtlich erfolgreich genutzt wird.

Herr Dr. Rohde verweist auf die ganzen Diskussionen die in der Vergangenheit zu diesem Thema bereits geführt wurden, wobei es für beide Seiten gute Gründe gibt.

Frau Fisauli-Aalto bittet darum, die Diskussion an dieser Stelle zu beenden, da eine Entscheidung gegen itslearning sowieso rechtwidrig ist und die Entscheidung am Montag im HFA getroffen wird.

Herr Krumme möchte zu dem Thema noch ergänzen, dass aus seiner Erfahrung, und da möchte er sich dem Jugendbeirat anschließen, die Kinder bzw. Jugendlichen I-Serv als Vorbereitungs- und Lern-Management-Systeme nutzen. Die Kosten pro Schüler betragen bei I-Serv 5,- € pro Jahr. Durch die Diskussionen über die letzten 3 Jahre und Verfahrensfehler, die die Entscheidung und Beschaffung verzögert haben, ist er jetzt nicht mehr in der Lage, das Programm zu bekommen, mit dem seine Schule gerne arbeiten möchte.

Frau Kärigel möchte aus dem Beschluss, dass itslearning genutzt werden soll die EBG und die GHS ausnehmen.

Frau Fisauli-Aalto schlägt vor, die Entscheidung zu vertagen, da eine Klärung zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich ist.

Die Vertagung wird einstimmig angenommen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt, dass die Wedeler Schulen die vom Land finanzierte Lern-Management-Software itslearning einsetzen.

Die Beratung und der Beschluss wurden auf den nächsten BKS vertagt.

6 Kita-Reform und Kita-Landschaft in Wedel - Präsentation

Frau Becker stellt die Präsentation „Kita-Reform und Kita- Landschaft in Wedel“ vor. Frau Becker berichtet, dass in der letzten Woche die Information vom Städteverband erfolgte, dass ein Gesetzesentwurf vorliegt, der vorsieht die Evaluationsfrist bis zum 31.12.2025 zu verlängern. Da es sich bisher nur um einen Gesetzesentwurf handelt wurde das Enddatum der Evaluationsfrist in der Präsentation noch nicht auf den 31.12.2025 verändert.

Anlage 1 TOP 6 - Präsentation SG Kita BKS

7 Haushaltskonsolidierung

Maßnahme Nr. A.27 (lt. BV 2023/030-1)

BV/2023/105

Reduktion/Nachverhandlung Zuschuss für "zu teure" Kitas

Frau Becker verweist auf die eben vorgestellte Präsentation.

Die Ergebnisse der Evaluation liegen noch nicht vor. Es steht daher noch nicht fest, welche einzelnen Punkte in welcher Höhe im SQKM enthalten sein werden. Der Vorschlag der Beratungsfirma zur Haushaltskonsolidierung 167.000 € ab 2025 einzusparen ist daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht umsetzbar, da die tatsächlich vom SQKM umfassten Werte erst nach

Vorliegen der Evaluationsergebnisse und dem anschließenden Gesetzgebungsverfahren feststehen werden.

Bisher war mit den Trägern vereinbart worden, dass Gespräche über mögliche „add-ons“ erst nach Vorliegen der Evaluationsergebnisse starten werden. Hierzu ist eine enge Abstimmung zwischen Trägern, Verwaltung und Politik geplant.

Herr Freitag schlägt vor, diesen Punkt zu verschieben. Eine Entscheidung kann erst getroffen werden, wenn brauchbare und belastbare Zahlen vorliegen.

Frau Neumann-Rystow erkundigt sich, bis zu welchem Zeitpunkt die Entscheidung verschoben werden soll, da Frau Becker in ihrer Präsentation von einer Verlängerung des Evaluationszeitraums bis zum 31.12.2025 gesprochen hat. Frau Becker bestätigt, dass die Verlängerung des Evaluationszeitraumes bis zum 31.12.2025 vom Landesgesetzgeber geplant ist. Diese Information hat die Stadt Wedel allerdings erst nach Erstellung der Beschlussvorlage erreicht.

Frau Kärigel unterstützt den Vorschlag die Entscheidung zu verschieben, da die Verträge mit den Kita-Trägern gerade erst geschlossen wurden und Neu- bzw. Nachverhandlungen ohne neue Zahlen und ohne Informationen, welche Leistungen nach dem Evaluationszeitraum im SQKM enthalten sein werden, keinen Sinn ergeben und nur Unruhe in die Kita-Landschaft bringen würden. Frau Kärigel regt an, den Beschluss des KiTaG mit den angepassten SQKM-Mittel abzuwarten, da auch im Gesetzgebungsverfahren noch Änderungen eintreten können.

Frau Garling schließt sich dem an.

Frau Becker ergänzt, dass der aktuelle Gesetzesentwurf vorsieht, die Frist für die Vorlage des Endberichts für die Evaluation auf den 30.04.2024 zu verlängern. Danach kann dann seitens des Landes mit der Anpassung des KiTaG begonnen werden.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt,

die Maßnahme Nr. A.27 „Reduktion/Nachverhandlung des Zuschusses für „zu teure“ Kitas“ i. H. v. 167.000 €/Jahr ab 2025 nicht umzusetzen. Die Verwaltung wird beauftragt nach dem Vorliegen der Evaluationsergebnisse der Kita-Reform und eines entsprechend angepassten Gesetzes, die Neuverhandlungen über die „add-ons“ mit den Kita-Trägern aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Frau Becker erläutert, dass der AWO Ortsverein Wedel e. V. hier eine freiwillige Leistung der Stadt beantragt. Der AWO Ortsverein Wedel e. V. hat mitgeteilt, dass durch diese freiwillige Leistung keine Mehrkosten zu den bereits angemeldeten Kosten entstehen. Aufgrund von personellen Vakanzen werden die für den Personalbereich angemeldeten Mittel nicht vollständig ausgeschöpft und könnten zur Finanzierung des Dualen Studiums herangezogen werden. Für Fragen stehen Herr Oestermann, Frau Palm und Frau Bewer von Seiten des Trägers zur Verfügung.

Frau Heyer bittet um 5 Minuten Beratungspause.

Herr Rothe möchte vor der Beratungspause noch wissen, welche Kosten für das Duale Studium entstehen. Dazu erläutert Frau Becker, dass es sich um die in der Beschlussvorlage genannten 63.100 € handelt. Diese können durch Minderausgaben bei den bereits angemeldeten Personalkosten im Rahmen des Betriebskostenzuschusses gedeckt werden. Sollte der Antrag abgelehnt werden, würden die freien Mittel im Rahmen der Abrechnung des Betriebskostenzuschusses an die Stadt Wedel zurückfließen.

Beratungspause 20:55 Uhr bis 21:00 Uhr

Herr Freitag erklärt, dass seitens der SPD-Fraktion keine Zustimmung erfolgen wird, da es sich nicht um eine PiA-Maßnahme handelt.

Frau Heyer teilt mit, dass die Grünen der Maßnahme aufgrund der Erläuterungen hinsichtlich der Minderausgaben im Personalbereich zustimmen werden.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt, dem Antrag des AWO Ortsvereins Wedel e. V. auf Kostenübernahme für die Umsetzung eines Dualen Studiums ab dem 01.10.2023 in der Kita Renate Palm i. H. v. ca. 63.100 € stattzugeben.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja / 7 Nein / 1 Enthaltung

9 Musikschule der Stadt Wedel Änderung der Honorarordnung

BV/2023/112

Herr Freitag fragt nach dem Delta zwischen den Unterrichtsbezügen und den Kosten für die erhöhten Honorare für den Zeitraum bis 01.01.2024.

Dazu erläutert Herr Groß, dass es sich um einen Mehraufwand von 25.000,- € pro Jahr handelt, für den Übergangszeitraum bis zur Erhöhung der Gebührensatzung geht es um einen Betrag in Höhe von maximal 12.000,- €.

Herr Fresch beantragt daraufhin, dass die neue Honorarordnung mit der neuen Gebührenordnung mit dem Haushalt besprochen wird.

Herr Groß teilt mit, dass die neue Gebührenordnung für die BKS-Sitzung im November als Beschlussvorlage schon geplant ist. Da aber auch die Kündigungsfristen zu beachten sind, wenn die Satzung überarbeitet wird, ist man auf die Unterstützung des Justiziariats angewiesen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt die dieser Vorlage beigefügte „Honorarordnung für die Musikschule der Stadt Wedel“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

-
- 10 Haushaltskonsolidierung**
Maßnahme A1. Nr. 16 **BV/2023/113**
Entgeltliche Vermietung des Museumsgartens im Stadtmuseum

Über die Beschlussvorlage wird ohne weitere Beratung abgestimmt.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt,

die Umsetzung der entgeltlichen Vermietung des Stadtmuseums.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

0 Ja / 11 Nein / 0 Enthaltung

-
- 11 Haushaltskonsolidierung**
Maßnahme Nr. A1 Nr. 17 **BV/2023/114**
“Umsatzbeteiligung/ Standgebühren bei privatrechtlichem Ausschank auf dem Museumsgelände“

Über die Beschlussvorlage wird ohne weitere Beratung abgestimmt.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt,

die Einführung von Standgebühren/ Umsatzbeteiligung bei privatrechtlichem Ausschank auf dem Museumsgelände.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

0 Ja / 11 Nein / 0 Enthaltung

-
- 12 Haushaltskonsolidierung**
Maßnahme Nr. A1.28 **BV/2023/117**
Erhöhung der Gebühren für die Schulkindbetreuung um 10%

Frau Hellmann-Kistler teilt mit, dass die FDP-Fraktion die Erhöhung der Gebühren mitträgt, bittet aber gleichzeitig auch darum, die Flexibilisierung der Betreuungszeiten nochmal zu überarbeiten.

Dazu erläutert Herr Heller, dass eine Flexibilisierung der Betreuungszeiten mit der nächsten Beitragsordnung umgesetzt wird.

Frau Garling fragt, ob der Satz, analog zu der Beschlussvorlage der Stadtbücherei, aufgenommen werden kann, dass die Gebühren alle 3 Jahre überprüft werden sollen.

Dazu wendet Frau Kärger ein, dass man bei der SKB nicht alle 3 Jahre die Gebühren erhöhen kann und sie dieses Mal nur aufgrund der aktuellen Haushaltslage mitgeht.

Herr Bödding vom Jugendbeirat möchte noch darauf hinweisen, dass die SKB gerade für Kinder aus sozial schwachen Familien wichtig ist und deshalb genau darauf geachtet wer-



den sollte, dass eine Gebührenerhöhung sozialverträglich bleibt.

Herr Rothe erklärt dann, dass die SPD- Fraktion die Gebührenerhöhung ebenfalls mitträgt, fragt aber nach den genauen Beträgen der Erhöhung und bittet darum, dass die neue Gebührenordnung dem BKS vorgelegt wird.

Dazu teilt Herr Heller mit, dass es sich um ein sehr komplexes Thema handelt und die neue Gebührenordnung mit Unterstützung des Justiziariats ausgearbeitet wird und es dann eine Beschlussvorlage geben wird, da der BKS und der Rat dann zustimmen müssen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt,

die Beitragsordnung der Schulkinderbetreuung wird spätestens zum 01.01.2024 dahingehend geändert, dass der Gebührensatz um 10 % angehoben wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

13 **Haushaltskonsolidierung**

Maßnahme A1. Nr.21

Erhöhung der Jahresentgelte der Stadtbücherei um 50%

Maßnahme A1. Nr. 22

Reduzierung der Ausnahmetatbestände von der Gebührenpflicht

BV/2023/119

Maßnahme A1 Nr. 23

Erhöhung der Säumniszuschläge und Mahngebühren um 50%

Maßnahme A1 Nr. 24

Automatisierung des Rechnungsprozesses zwischen Bibliotheka und H&H

Maßnahme A1 Nr. 25

Gebühren für Arbeitsplatznutzung in der Stadtbücherei

Herr Zech vom Jugendbeirat sieht den Punkt mit den Kosten für den Bücherei-Ausweis für Kinder unter 12 Jahren kritisch. Der Jugendbeirat ist dafür, dass Kinder weiterhin einen kostenlosen Bücherei-Ausweis erhalten, um auch Kindern aus einem sozial schwachen Umfeld die Möglichkeit zu geben, den Ort „Stadtbücherei“ kennenlernen und nutzen zu können.

Frau Neumann-Rystow fragt, warum es verschiedene Säumnisentgelte bei Kindern und Erwachsenen gibt, kann man den Betrag nicht mitteln? In anderen Gemeinden zahlen alle die gleichen Säumnisentgelte.

Frau Binge erläutert dazu, dass man Kindern weniger Säumnisgebühren in Rechnung stellen möchte, weil die Maximalentgelte in Höhe des Medienersatzes ohnehin schnell erreicht ist. Ein Teil der Verantwortung sollte außerdem weiterhin bei den Eltern verbleiben. Zu den Kosten für einen Bücherei-Ausweis teilt sie mit, dass Kinder nur Gebühren zahlen, wenn sie auch Filme mit dem Ausweis ausleihen können. Das soll auch in Zukunft so bleiben.



Herr Fresch kann den Einwand von Frau Neumann-Rystow zu den Säumnisentgelten nicht nachvollziehen, da die Säumnisentgelte seit 2014 nicht erhöht wurden und auch jetzt nicht angefasst werden sollen. Er ist dafür, alles so zu belassen.

Frau Kärigel und Herr Freitag schließen sich Herrn Fresch an.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt,

die Entgeltordnung für die Stadtbücherei Wedel (beigefügt) mit Wirkung zum 01.01.2024. Diese soll in dreijährigen Abständen überprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

**14 Haushaltskonsolidierung
Maßnahme Nr. A1. Nr.33**

BV/2023/120

Einführung/ Erweiterung von Nutzungsgebühren für Sporthallennutzungen

Über die Beschlussvorlage wird ohne weitere Beratung abgestimmt.

Beschlussempfehlung:

Der Rat beschließt,

die Einführung von Nutzungsgebühren für Sporthallennutzungen nicht umzusetzen. Die Verwaltung wird beauftragt, den „Runden Tisch“ mit den Sportvereinen durchzuführen und hier auch das Thema Haushaltskonsolidierung auf die Agenda zu nehmen und gemeinsam mit den Sportvereinen mögliche Ideen zur Konsolidierung zu entwickeln. Weiterhin werden die „Richtlinien für die außerschulische Nutzung städtischer Schulräume und Sportstätten und über die Erhebung eines Nutzungsentgeltes“ hinsichtlich der Entgelte für externe Nutzer*innen überarbeitet und angepasst.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

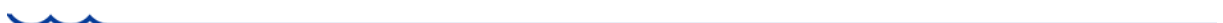
15 Zuschussantrag des TC Aue zum Bau einer Traglufthalle

BV/2023/122

Frau Fisauli- Aalto verliest die Beschlussvorlage und weist darauf hin, dass bei einer Ablehnung durch die Stadt Wedel auch der Kreis Pinneberg und das Land Schleswig-Holstein keine Zuschüsse zahlen werden.

Frau Heyer fragt, welche Möglichkeiten im Vorwege zwischen dem TC Aue und der Stadt Wedel über andere Trainingsmöglichkeiten besprochen wurden, da in der Beschlussvorlage Gespräche erwähnt wurden, die ohne Konsens geblieben sind.

Frau Hohensee vom TC Aue erläutert dazu, dass es in der Vergangenheit immer wieder Pläne gab, eine feste Halle zu bauen, dies aber an den Kosten gescheitert ist. Für die Trag-



lufthalle werden 50 % der Kosten vom Verein selber übernommen und die andere Hälfte soll über Zuschüsse finanziert werden. Dazu kommen noch Kosten für den Verein, durch Vorgaben der Bauaufsicht wie z.B. Entwässerung.

Bisher gibt es keine Halle um im Winter zu trainieren, was in der Vergangenheit dazu geführt hat, dass Mitglieder in andere Vereine gewechselt sind, wo ein Training auch im Winter möglich ist.

Frau Heyer fragt, ob der Verein die laufenden Folgekosten wie z.B. Strom finanzieren kann. Dazu erläutert Frau Hohensee dass ca. 66.000,- € für die jährliche Nutzung erwirtschaftet werden. Außerdem bemüht man sich um Sponsoren. Aus Kostengründen hat man sich für eine 2 -Feldhalle entschieden, diese reicht aus, damit die Mitglieder trainieren können.

Frau Neumann-Rystow fragt, ob man nicht in die Hallen anderer Vereine ausweichen kann, um in diesem Winter trainieren zu können. Dazu erläutert Frau Hellmann, dass die andere Halle dem TC Wedel gehört und die Halle ausgelastet ist. Außerdem gab es in der Vergangenheit Probleme mit der Heizung und Schimmel in der Halle.

Herr Freitag fragt die Verwaltung, warum die Mittel aus investiven Mitteln gezahlt werden sollen. Aus seiner Sicht handelt es sich nicht um eine Investition für die Stadt Wedel, sondern um einen Zuschuss. Dazu erläutert Frau Becker, dass es sich tatsächlich um einen Zuschuss handelt. Dieser Zuschuss wird ARAP (aktiver Rechnungsabgrenzungsposten) in der Bilanz dargestellt und über den Investitionshaushalt abgerechnet.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport beschließt, dem Tennisclub Aue Wedel e.V. einen Zuschuss zum Bau einer Traglufthalle in Höhe von 25.500 Euro zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

16 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

16.1	Vorstellung der Planung für die Neugestaltung des Schulgeländes der Gebr.-Humboldt-Schule	MV/2023/056
	Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen	

16.2	Neubau Johann-Rist-Gymnasium - aktueller Sachstand zur Baumaßnahme:	MV/2023/063
	abgestimmtes Raumprogramm, Stand der Bauausführung, Kostenentwicklung	
	Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.	



16.3 Bericht der Verwaltung

Herr Kaser teilt zu der Anfrage der Kinder der Altstadt-Schule zu dem Gelände am Jungfernstieg mit, dass er mit Frau Spangenberg, Schulleiterin der Altstadt-Schule, besprochen hat, dass die Kinder zur nächsten BKS Sitzung im November eingeladen werden sollen. Frau Fisauli-Aalto regt an, dass man sich dann schon um 18 Uhr trifft.

Frau Binge ergänzt dazu, dass die Fläche durch die Feuchtigkeit schwer zu nutzen ist und es am 26.09.2023 ein Gespräch mit dem Gebäudemanagement geben wird um einen Sachstand herzustellen was dort überhaupt möglich ist, um den Kindern keine falschen Hoffnungen zu machen. Außerdem muss geklärt werden, ob es noch andere Bedarfe gibt.

16.4 Berichtswesen des Sachgebietes Kindertagesstättenangelegenheiten

MV/2023/072

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

16.5 Öffentliche Anfragen

Herr Freitag fragt, warum die Kinderspielplätze ausschließlich im UBF besprochen werden und nicht im BKS.

Herr Heller antwortet, dass es sich um eine Vorlage des Flächenamtes handelt und er daher leider keine Auskunft darüber geben kann, warum das Thema nicht auch im BKS beraten wird.

Frau Kärger merkt an, dass sich die Ausschüsse in den vergangenen Jahren bei dem Thema immer ergänzt haben. Die Stellungnahmen um die Spielplatzreduzierungen wurde im BKS immer in Absprache mit den Spielplatzpaten diskutiert. Im UBF ging es ja nur um die genutzten Flächen.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

19 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

gez. Julia Fisauli-Aalto
Julia Fisauli-Aalto

Protokollführung:

gez. Claudia Prehm
Claudia Prehm

